

**Erlöse**  
an allen Verkäufen.  
**Bezugspreis**  
in der Geschäftsstelle 250.—  
in den Ausgabestellen 280.—  
durch Zeitungsbüro 300.—  
am Postamt 275.—  
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Berichter: 4248, 2278.  
8110, 3249.

Botschaftskonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

**Anzeigenpreis**  
f. d. Grundschriften bis  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens 40.—M  
Reklameteil 120.—M  
Für Anfragen aus  
Deutschland 3.50 M  
im Reklameteil 10.—M  
in deutscher Wart.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Poznań.

Czeczkowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auswirkung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Gegen die Enteignung.

Drei Güter im ehemals preußischen Teilgebiet sollen auf Veranlassung des Hauptlandwirtschaftsamtes zwangsweise enteignet und aufgeteilt werden: Parczewo (Besitz des Grafen Potworowski), Roszkow (Besitz des Herrn Dzembrowski) und Kamieki (Besitz des Herrn Kurek).

Gegen diese vom Hauplandwirtschaftsamte geplante Maßnahme nahm eine stark besuchte Versammlung des polnischen Centralen Landwirtschaftlichen Vereins Stellung, die am Dienstag, dem 21. Februar im ehemaligen Sternchen Saale in Posen stattfand und über deren Verlauf polnische Blätter folgendes berichten:

Die Versammlung eröffnete der Präses Dr. Szuldrzyński, indem er von der Enteignung von polnischen Landwirten durch das Landwirtschaftamt, eine polnische Behörde in unserem Teilgebiet sprach, daran erinnerte, welch' eine hohe Rolle die Landwirte in der Verteidigung des polnischen Landes vor dem Deutschen spielt. Der deutsche Gelehrte, Prof. Bernhardt, stellte doch fest, daß die polnischen Landwirte unseres Teilstaates trotz des Bestehens der Ansiedlungskommission in den Jahren von 1896—1914 abzüglich der Verluste in zwangsweise Enteignungen 105 000 ha hinzugewonnen haben. Die polnischen Landwirte legten die Fundamente unter die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unseres Teilstaates, und jetzt wollen die polnischen Behörden sie enteignen, obwohl Land zur Parzellierung genügend da ist.

Zum Vorsitzenden berief man den Dr. Ludwig Mycielski, wonach der Syndikus, Herr Dzembrowski, das Wort ergriff, der in seinem Vortrage den Wortlaut der Vorschriften des Gesetzes betreffend die Agrarreform und seiner Ausführungsbestimmungen in Erinnerung brachte. Nach diesen Gesetzen sollen der Parzellierung vor allem Staatsgüter unterworfen werden und danach erst Privatgüter, besonders schlecht bewirtschaftete, für Wuchergewinne erworbene, an achter Stelle erst, d. h. an allerletzter Stelle spricht das Gesetz von "allen übrigen". Den Preis der enteigneten Güter stellt das Landwirtschaftamt fest, wobei es die Hälfte des Wertes mit vorläufigen Bescheinigungen begleicht, die schwer zu verkaufen sein werden. Nach zwei Jahren werden diese Bescheinigungen in 4proz. Landschaftsrente eingetauscht, deren Kurs ihren Besitzern mit Rücksicht bedrohen wird.

"Die in dieser Weise Enteigneten", sagte der Nebner, wirft man auf das Pfälzer, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, sich eine neue Arbeitsstätte zu bilden. Unsere Landwirte verstanden die Notwendigkeit der geplanten Parzellierung, wovon die Beschlüsse und Aufrufe des Centralen landwirtschaftlichen Vereins noch vor dem Beschuß des Gesetzes beitr. die Agrarreform zeugen. Die Landwirte ließen nicht ab von diesem Standpunkt, doch ist festzustellen, daß das Landwirtschaftamt den Landvorrat zur Parzellierung nicht erhöht hat. An Staatsdomänen gibt es in der Wojewodschaft 123 Objekte von 104 000 Hektar Fläche. In der Wojewodschaft Pommern gibt es noch mehr. Statt daß sie parzelliert werden, wurden sie in langfristige Pacht gegeben. Staatsländereien gibt es in unserem Teilstaate etwa 200 000 Hektar. Das Bezirkslandwirtschaftamt hat überdies Ansiedlungen von den gewesenen deutschen Ansiedlern deren Größe noch um die deutschen Güter anwachsen wird, die der Liquidation unterworfen sind. Von der geweinenen Ansiedlungskommission verblieben 56 367 Hektar. Im allgemeinen gibt es in unserem Teilstaate noch etwa 500 000 Hektar Land zur Parzellierung.

Die Güter, die unter der Verwaltung des Bezirkslandwirtschaftsamtes stehen, sind schlecht bewirtschaftet. Die enteigneten Güter werden nicht auf einmal aufgeteilt. Sie gehen unter die Verwaltung des Bezirkslandamtes über, was die Verminderung ihrer Kultur nach sich ziehen wird.

Zuerst sollte man den Vorrat erschöpfen, und erst nachher an die Enteignung gehen, die nur eine Herabminde rung der landwirtschaftlichen Kultur und Ertragbarkeit mit sich bringt, indem sie in die Reihen der Landwirte Ungewissheit und Furcht um das Morgen hineintragt. Sie wird auch eine Verschlechterung in der Versorgung der Städte nach sich ziehen und die Reihen der Arbeitslosen vergrößern, denn schon heute ist die Zahl der Landarbeiter eine zu große.

Man wendet Enteignung an, und doch hat das Bezirkslandamt das Gut Skoty im Kreise Wongrowitz in private Hände verkauft; die Domänen dagegen gab man in langfristige Pacht.

Daher muß der Zentrale Landwirtschaftliche Verein ener gisch gegen die Enteignung auftreten. Er bearbeitete zu diesem Zwecke eine Denkschrift an die Regierung, damit sie die Verfügung des Landamts anhebe."

Über diesen Vortrag und die soeben vorgelesene Denkschrift entspann sich eine längere Aussprache, in deren Verlauf viele Redner das Wort nahmen und die Regierung und den Sejm angriesen. Die Redner forderten eine Änderung der Denkschrift, die man zu wenig ener gisch fand. Man forderte zu weiteren Schritten auf, so zur Organisierung zum Wahlkampf und zu Geldspenden für diesen Kampf.

Nach längerer Aussprache, an welcher teilnahmen die Herren Chrzanowski, Gen. Unruh, Grabowski aus Bielsko, Jan Laktionowski, Szembek aus Wysocko, J. Pluciński, Leon Zolotowski, Alfred Chrzanowski, der Vorsitzende der Vereinigung der landwirt-

schaftlichen Erzeuger, Plecinski, Ponikowski auf Chrapplewo und Donaj aus Kosten, wurde eine Kommission zur Umschreibung der Denkschrift und zu ihrer Überreichung an den Herrn Ministerpräsidenten gewählt, und zwar: der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Vereins Dr. Szuldrzyński, der Vorsitzende des Centralen landwirtschaftlichen Vereins von Pommern Jan Dzimirski, Witold Hulewicz, Dr. Wizel aus Dzierska, Dr. Alfred Chlapowski aus Bonitowo.

Soweit der polnische Bericht (Wir entnehmen ihn der Nr. 44 des "Kurier Pozn."). Er bedarf keiner Erläuterung und keines Zusatzes. Es bedarf höchstens des Hinweises darauf, daß wenn von deutscher Seite diese Anklagen und diese Einwände gegen das vom Hauplandwirtschaftsamte geplante Verfahren erhoben worden wären, ihr, der deutschen Seite, fast sicher polenfeindliche Gesinnung vorgeworfen worden wäre. Es ist aber klar, daß solche Anklagen und Einwände, mögen sie von polnischer oder von deutscher Seite ausgehen, nicht von einer "polenfeindlichen Gesinnung" diktiert sind, sondern von dem berichtigten und anerkannten Bestreben, wirtschaftlich verderbliche Maßnahmen, deren Folgen unübersehbar sein könnten, zu verhindern zum Nutzen der Landwirtschaft in Polen, und damit zum Nutzen der Volks ernährung und auch zum Nutzen des polnischen Staates.

## Ein Zwischenfall in Genf.

### Die polnische Delegation für Liquidation der deutschen Güter in Oberschlesien.

Der Nachrichtendienst der "Danziger Zeitung" meldet am 27. Februar aus Genf: Die polnische Delegation bei der deutsch-polnischen Konferenz hat durch ein sehr auffälliges Vorgehen einen Zwischenfall geschaffen, der nicht gerade von gutem Gewissen zeugt. Während bisher jede öffentliche Erörterung der auf der Konferenz noch zu behandelnden Fragen auf Wunsch des Präsidenten Galander vermieden wurde, hat gestern die polnische Delegation im "Journal de Génève" eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie es als selbstverständlich hinstellt, daß die deutschen Güter in Polnisch-Oberschlesien auf Grund der §§ 292 und 297 des Versailler Vertrages ebenso auf dem übrigen Gebiet der Republik Polen liquidiert werden könnten. Ist schon an sich ein beratiges Eingreifen in den Gang der Verhandlungen mindestens ungewöhnlich, so wird das Vorgehen der polnischen Delegation noch viel auffälliger dadurch, daß die Rechtslage offensichtlich ganz falsch dargestellt wird, weil nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages und aus einem fürzlich erst von dem holländischen Rechtslehrer Dr. Struyken erstatteten Rechtsurteilen hervorgeht, daß das Liquidationsrecht nach dem Versailler Vertrag auf Oberschlesien überhaupt nicht anwendbar ist. Weiter wird aber die polnische Rechtsauffassung dadurch hinfällig, daß nach der Entscheidung der Votschafterkonferenz über die Teilung Oberschlesiens jede Liquidation für 15 Jahre überhaupt unmöglich ist.

Es ist anzunehmen, daß die deutsche Delegation den hier von polnischer Seite aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und sich dabei auf ihre im neutralen Auslande allgemein anerkannte Rechtsauffassung stützen wird. Das Interesse für Oberschlesien und die oberschlesische Bevölkerung soll für den deutsch-polnischen Vertrag über Oberschlesien der allein maßgebende Gesichtspunkt sein, und da in diesem Fall gar kein Zweifel darüber bestehen kann, wo dieses Interesse liegt, so macht die polnische Veröffentlichung fast den Eindruck, als ob damit auf den Präsidenten Galander ein gewisser Druck ausgeübt werde. Bei der bisherigen Unparteilichkeit Galanders ist nun freilich anzunehmen, daß dieses Manöver mißglücken wird, denn bei ihm liegt, in Halle, daß keine Einigung zwischen den Parteien zustande kommt, die Entscheidung, über deren Ausfall angesichts der Rechtslage kaum ein Zweifel bestehen kann.

### Eine polnisch-französische Aktiengesellschaft.

In Katowitz wurde eine polnisch-französische Aktiengesellschaft zur Ausbeutung aller polnischen Werke in Oberschlesien die dem Staat gehören, gegründet. Die Aktiengesellschaft wird die polnischen Staatswerke auf 36 Jahre gegen Bezahlung eines entsprechenden Zinnes in Pacht nehmen. Zum Präsidenten des Aufsichtsrates wurde Herr Koranty gewählt.

### Hochwasser und Dammbruch bei Gleiwitz.

Gleiwitz 28. Februar. (Tel.-Un.) Aus Kościerzyna, Oppeln und Krappitz wird Hochwasser gemeldet. Außerhalb Gleiwitz dringt das Hochwasser der Oder und des Klodnitzkanals den Damm.

### Deutsch-polnische Valutakonferenz in Warschau.

Warschau, 1. März. (Tel.-Un.) Im Finanzministerium fand zwischen polnischen und deutschen Regierungsvertretern eine Konferenz statt, die sich mit der Versorgung Oberschlesiens mit dem unbedingt notwendigen Vorrat, an deutscher Währung beschäftigte.

### Aus dem Fernen Osten.

Paris, 27. Februar. Der "Temps" meldet aus Peking, daß die Konferenz zwischen Delegierten Japans und Vertretern der Republik des Fernen Ostens auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen ist. Die Sowjetdelegation fordert die Räumung des nördlichen Teiles der Insel Sachalin und hat darauf gedrungen, daß alle von Japan in Washington gemachten Verträge, welche die vollständige Räumung des russischen Gebiets und Revision des Fischfangabkommen betreffen, in die Tat umgesetzt werden müssen. Die Angabe der japanischen Delegation unmittelbar mit der Regierung in Wladimiroff über den Fischfang zu verhandeln ist auf beständigen Widerstand seines der Abordnung der Republik des Fernen Ostens getroffen. Diese Abordnung fordert für sich das ausschließliche Recht der Kontrolle und der Verwaltung in allen Gebieten in Sibirien.

### Die Kämpfe im Fernen Osten.

Moskau, 28. Februar. Wegen des starken Widerstandes der weißen Truppen im Fernen Osten wurde der weitere Angriff der roten Armee eingestellt. Die weißen Abteilungen, die im südlichen Teil des Amurbezirkes aufzogen, bedrohen stark die Streitkräfte der roten Armee.

## Das gefährdete Kabinett.

Warschau, 1. März. Im gegenwärtigen Kabinett herrscht die Ansicht, daß die Regierung angesichts der kommenden wichtigen Ereignisse das Vertrauen einer bedeutenden Sejmehrheit besitzen muß. Die letzten Angriffe auf einzelne Mitglieder des Kabinetts Ponikowski haben die schiace Lage der Regierung ernst und zweifelhaft gestaltet. Auf der Montagssitzung des Ministerrats ist nach der Erledigung der Tagesordnung eine geheime Konferenz abgehalten worden, auf welcher der Ministerpräsident über die Besprechung mit den Partei über die Stellung der Parteien zur Regierung Bericht erstattete. Nach lebhafter Aussprache über das Verhalten der Regierung hat sich das Kabinett entschlossen, eine solidare Haltung einzunehmen.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß im Falle einer Kabinettstreit ein parlamentarisches Kabinett in Frage kommen könnte. Es ist jedoch auch nicht unmöglich, daß ein nicht parlamentarisches Kabinett in Betracht gezogen wird. Ansichts der nahenden Wahlen würde das erstere mehr Anhänger finden. Eine etwaige Kabinettstreit ließe sich vielleicht auf die Änderung einiger Posten beschränken. Vor allen Dingen würde da der Innerminister Downarowicz in Betracht kommen. Der Ministerpräsident hat in einer Auskunft Pressevertretern gegenüber erklärt, daß drei Wege möglich sind: 1. Bildung eines parlamentarischen Kabinetts; 2. Umbildung des gegenwärtigen; 3. Beibehaltung des status quo.

Der Ministerpräsident betonte, daß er die Verhandlungen mit den Parteien des ha b geführt habe, um eine etwaige Krise schneller erledigen zu können, weil die kommende Zeit für den Staat von großer Bedeutung ist. Da ist zunächst die litauische Frage, die im Laufe dieser Woche entschieden werden wird, dann wird am 12. März die Konferenz des Außenminister der baltischen Staaten stattfinden und am 15. März die Sanitätskonferenz.

## Sejm.

Sitzung vom 28. Februar.

Warschau, 1. März 1922.

Erster Beratungsgegenstand war die Beendigung der Tätigkeit des polnisch-amerikanischen Hilfskomitees für Kinder. Diese soll mit dem 1. J. vom d. J. eingestellt werden.

Der Referent Abg. Rottermund legte drei Entschließungen des Wohlfahrtausschusses vor: 1. Die Regierung wird ersucht, ein Gesetz vorzulegen, das Herbert Hoover den Titel "Herr Bürger des polnischen Staates" verleiht. 2. Die zweite Entschließung fordert die Ausarbeitung von Einzelheiten für die weitere Versorgung der Kinder und 3. ein Beschluß, vor das Forum des Sejm ein Gesetz zu bringen, welches in der Versorgung der ärmsten, schwächsten Kindervelt freie Hand läßt.

Abg. Sulikowski macht darauf aufmerksam, daß man neben Hoover auch Wilson nicht vergessen dürfe. In der Abstimmung wurden die beiden ersten Entschließungen angenommen, während die dritte durchfiel.

Es folgte die Beratung über das Gesetz von den Rechten und Pflichten der Offiziere des polnischen Heeres.

Abg. Kosset (Bürgervereinigung) ist der Ansicht, daß das vorliegende Gesetz nur ein Mindestmaß dessen darstelle, was die polnische Nation geben müsse, um die Existenz des stehenden, unabhängigen und unverlässlichen Heeres zu sichern.

Abg. Witold (Poln. Volkspartei) betont, daß er mit ganzer Anerkennung und Hochschätzung für das Offizierkorps und die Gesamtheit des Heeres sei, stellt jedoch fest, daß nicht alle Offiziere ihrer Aufgabe gewachsen sind.

Abg. Michałak (Nationale Arbeiterpartei) erklärt, daß seine Partei für das Gesetz stimmen werde, jedoch unter dem Vorbehalt des Artikels 25, um den Offizieren die Ehe zu erleichtern.

Abg. Liebermann (Soz. Partei) bemerkt, daß seine Partei auch für das Gesetz ihre Stimme abgeben werde, obwohl das Kriegsministerium bisher kein Gesetz über das System der Organisation des Heeres eingebracht hat. Zu Artikel 8, welcher davon handelt, wer Offizier sein könne, schlägt der Redner eine Verbesserung vor, welche die Streitigkeit der Bezeichnung "Pole" bzw. den ursprünglichen Wortlaut des Regierungsvorschlags verlangt.

Abg. Soltyk (Christlich-nationale Volkspartei) bemerkt, daß es schon höchste Zeit wäre, mit den Rezessien über Legionäre und Nichtlegionäre aufzuhören, da die polnische Jugend ohne Rücksicht darauf, welchen Formationen sie angehört, den Kampf um die Unabhängigkeit mitmachte.

Abg. Bichlinski (Christliche Demokraten) verteidigt die Raffung des Artikels 3 und bemerkt, daß das Wort "Pole" nur ein politischer Begriff sei. Wer Polen liebt, wird keine Angst vor diesem Ausdruck haben. Der Redner begrüßt mit Beifriedigung die Aussichten alter Redner, weil niemand gegen das Gesetz gesprochen hätte; er ist gegen die Verbesserung des Abg. Liebermann.

Abg. Hariglas (Jüdische Partei) bringt eine Verbesserung zum Art. 3 ein, nach der jeder Bürger Polens polnischer Offizier werden könnte.

Abg. Baluska (Nationale Volksvereinigung) spricht eine Reihe von Angelegenheiten, die das Militär im allgemeinen betreffen.



Die Verbesserung selbst heißt er gut, bemerkt aber, daß Verbesserungen unnötig seien.

Der Kriegsminister General Sosnowski lehnt die Vorwürfe, die im Verlaufe der Ausstrache gemacht wurden, ab und bemerkt, daß Vorwürfe gegen die Armee nicht erhoben werden dürfen. Nachsitzen Freitag 4 Uhr nachmittags.

Für Sonnabend hat der Marschall eine feierliche Sitzung zur Begüßung der Abgeordneten des Wilnaer Sejms angeordnet.

## Die letzten Stunden des Wilnaer Sejms.

Wilna, 1. März. Dienstagmorgensitzung des Wilnaer Sejms ist auf 5 Uhr nachmittags verschoben worden, um den Parteien die Möglichkeit zu geben, über verschiedene Streitfragen, wie z. B. den Antrag auf Auflösung des Wilnaer Sejms und die Anträge über die Kreise mit polnischer Mehrheit, die unter der Herrschaft des Kownoer Litauens verbleiben, sich zu verständigen.

Die Abgeordneten der Volksräte und der nationalen Blocks haben die Überzeugung, daß die Sejmssitzung vom Donnerstag die letzte sein wird. Spätestens am 1. März soll die Sejmabordnung nach Warschau reisen, um der Regierung und dem Warschauer Sejm die Verfassungsformel des Wilnaer Sejms vorzulegen.

Nach einer neuen Meldung wird die Abreise des Sejms in eindrücklich am 3. März erfolgen. Der endgültige Termin soll aus der Sitzung des Altejiennauschusses festgesetzt werden.

## Die Wilnaer Abordnung.

Wilna, 1. März. Die Abordnung des Wilnaer Sejms, die sich nach Warschau begeben soll, sieht sich nach dem "Gloss Polonius" aus folgenden Abgeordneten zusammen: Basztow (Soz. Partei), Krzyzanowski und Antoni Mickiewicz (Partei), Volksräte: Juchniewicz und Malowiecki, ferner Zalewski, Kulczyk und Swabowicz.

## Polens Anleihe in Paris.

Warschau, 1. März. In Paris weilt der Delegierte des Finanzministeriums, Radziwillski, um für Polen eine Anleihe zu erlangen. Vertreter französischer Großbanken haben sich damit einverstanden erklärt, im Laufe des Jahres die Summe von 1 Milliarde Franken zu leihen, unter der Bedingung, daß die französische Regierung diese Anleihe garantiert. Der Emissionsfonds und andere Anleihesbedingungen sind nach dem Muster der allgemeinen Bedingungen der von Frankreich gewährten Anleihen festgesetzt worden.

## Und immer wieder Genua.

### Lloyd George strahlt.

London, 28. Februar. Nach dem Correspondenten des "Weekly Dispatch" hat Lloyd George das Ergebnis der Boulogne Unterhaltung in den Sab zusammengefaßt: "Die Hauptfrage ist, daß wir uns geeinigt haben!" "Sunday Times" haben hervor, daß Lloyd George nach der Unterredung mit Poincaré geradezu strahlend ausgesehen habe.

### Auch die Presse freut sich.

London, 1. März. Die Blätter sprechen mit Beifriedigung über das Ergebnis der Konferenz zwischen Poincaré und Lloyd George. Die "Times" betonen, daß ein mehrstündiger Meinungs austausch genügt habe, um jene unklare Atmosphäre, in welche sich die englisch-französischen Verhältnisse einzuhüllen drohten, zu beseitigen. Das ist nach Ansicht des Blattes ein wahrhafter Triumph der Entente. Die "Morning Post" und die "Daily News" sehen das Ergebnis der Konferenz in Boulogne als diplomatischen Erfolg Poincarés an. Die "Morning Post" schreibt u. a.: "Lloyd George und Curzon müssen ihre Fehler, die sie in bezug auf Rückland und den Osten gemacht haben, zugeben und unverzüglich daran gehen, den Frieden unter enger Mitarbeit Frankreichs dauerhaft zu gestalten."

### Neue Drohung der Sowjets.

Charlow 28. Februar. Der Vertreter des Präsidenten der Volkskomissare Manuilski hat während einer Tagung folgende Erklärung abgegeben: Sofern sich die Gerüchte über einen angeblich geplanten Angriff der Petljurabanden, die sich auf rumänischem Gebiet versammeln, verwirklichen sollten, wird die Ukraine mit der Verfolgung dieser Banden auf rumänischem Gebiet nicht zögern. Eine Drohung dieser Art wurde zum ersten Mal ausgesprochen. In Hinblick auf die Wirtschaftsangelegenheiten sagte Manuilski, daß die Sowjets auf der Konferenz von Genua weder die Forderung einer Aufhebung der Armee annehmen, noch Sicherheitsleistungen für die wirtschaftliche Aus-

## Obdachlos.

Humoristischer Roman eines Wohnungsuchenden.

Von Oskar von Hanstein.

Amerikanisches Copyright 1921 by Carl Dunder, Berlin.

I. (Nachdruck untersagt.)

Der Schnellzug, der den Regierungsrat Dieterici mit seiner Familie von Danzig nach Berlin bringen sollte, hatte Eberswalde passiert. Der Herr Regierungsrat, ein äußerst "korrekter" Herr von etwa fünfzig Jahren, blickte in seinem Handspiegel, strich mit der Taschenbürste über den glatt anliegenden, etwas ergraute Scheitel und den wohlgeflegten Schnurrbart, der ein wenig zu schwarz für das ehemals braunlich erglänzende Haupthaar aussah und verriet, daß der Regierungsrat "künstlich nachhalf". Dann putzte er mit dem tadellos sauberen Taschentuch die Gläser seines goldenen Kneifers und schaute auf die Uhr.

"Natürlich, wir kommen mit hundertfünfzehn Minuten Verspätung in Berlin an!" Er pflegte seit der Revolution jeden Satz, der an irgend etwas eine mißliebige Kritik aussprechen sollte — und das tat eigentlich jeder — mit "natürlich" und einem ironischen Lächeln anzufangen.

"Wenn wir nur überhaupt hinkommen," antwortete sanft ergebungsvoll Frau Agathe, seine rundliche, noch ergraute Ehefrau, und blickte durch das Vorjorn in die Nacht hinaus.

"Wie seue ich mich auf Berlin!"

Ein fast strafender Blick beider Eltern traf das kleine Hildchen, ein niedliches Babyschen von sechzehn Jahren mit blonden, kreisrund um den Kopf gelegten Zöpfchen.

"Natürlich auf Onkel Adolf und Tante Charlotte," seufzte sie schleimig hinzu, als sie das Missfallen der Eltern erkannte.

Nur Hubert, der Sohn des Hauses, sechzehnzig Jahr und frisch gebadeter Referendar, sagte gar nichts, sondern rauchte still seine Zigarette.

"Natürlich, Du Junge, sagst gar nichts."

"Was soll ich sagen? Ich habe von Berlin nicht viel Gutes gehört!"

beurteilung der Ukraine geben werde. Angenommen werden könne nur die Forderung der Zahlung der Vorkriegsschulden, und dieser nur unter der Bedingung, daß das ausländische Kapital zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes beitragen und sich den Anordnungen unterstellen werde die in der Ukraine bestehen. Die Annahme dieser Bedingung erachtet Manuilski für möglich, wenn in der Konkurrenz jener Gruppen die ihre Kapitalien dort anlegen wollen.

### Eine Einheitsfront der Kleinen Entente mit Polen in Genua.

Paris, 28. Februar. (Telunion.) Dem "Matin" zufolge wird die Vorbesprechung, die die Außenminister der Kleinen Entente vor Eröffnung der Konferenz von Genua abhalten wollen, in Belgrad stattfinden. Der polnische Außenminister Skirmunt bestätigt an dieser Konferenz teilzunehmen. Polen und die Kleine Entente werden sich über eine gemeinsame Vertretung auf der Genuafahrt einigen. Die polnischen Vertreter in Prag, Bukarest und Belgrad haben Anweisung erhalten, mit den Regierungen der Kleinen Entente die entsprechenden Verhandlungen einzutreten.

### Die Vorkonferenz der Kleinen Entente.

Warschau, 1. März. Die Vorkonferenz der Kleinen Entente in Belgrad ist auf den 4. März verschoben worden. Polen wird auf die Konferenz durch den Chef des Wirtschaftsdepartements beim Außenministerium Olszewski und den Sekretär der Genua-Konferenz Knoll vertreten sein. Auch soll Minister Skirmunt an ihr teilnehmen. Die Staaten des Berverbandes werden sich über eine gemeinsame Vertretung in Genua einigen.

## Die Wiedergutmachungen.

Paris, 28. Februar. "Havas" berichtet, daß die Finanzminister Frankreichs, Belgien und Italiens am 8. Mar zusammenkommen, um die Verteilung der Wiedergutmachungsleistungen seines Deutschlands durchzuführen.

## Englische Sparanschläge.

Ein Ausschuß von führenden City-Leuten war von der Regierung zusammengestellt, um zu untersuchen, wie man an den Staatsausgaben 100 Millionen Pfund sparen könne. Der Ausschuß hat jetzt seinen Bericht erbracht. Die englischen Flottenanschläge für das kommende Jahr belaufen sich auf 81 Millionen Pfund gegen 51 Millionen 1914. Eine Herabsetzung um 20 Millionen wird vorgeschlagen. Die Anschläge für das Heer betragen 78 Millionen gegen 28 Millionen 1914. Eine Herabsetzung um 21 Millionen wird vorgeschlagen. Die Voranschläge für die Luftstreitkräfte sind 15,5 Millionen gegen nichts im Jahre 1914, vorgeschlagener Abstrich 5,5 Millionen.

Mit anderen Worten, trotz aller Abstriche würde England in Zukunft noch ungezählte Millionen jährlich mehr für seine Rüstungen ausgeben als vor dem Kriege. Das nennt man dann Abstüfung und "Niederhaltung" des deutschen Militärismus usw. Wie übrigens die englischen Blätter melden, erklärt bereits die englische Admiralität, daß der Vorschlag der Kommission, am Marinebudget Abstriche von 21 Millionen Pfund Sterling vorzunehmen, zu weitgehend sei. Es sei nur eine Verminderung um 12 Millionen Pfund Sterling angängig.

## Ruhe in Irland.

London, 28. Februar. Die Regierung erstattete in der Kammer eingehenden Bericht über die gegenwärtige Lage in Irland. Aus diesem Bericht geht hervor, daß der Frieden und die Ordnung fast völlig wieder hergestellt sind. Beigetragen zu dieser Verhüllung hat der Abschluß eines Vertrages zwischen den sich bekämpfenden Richtungen im irischen Volke.

## Sowjetrußland.

### Die Gefahr des Hungers für das neue Jahr.

Die Moskauer "Pravda" veröffentlicht eine Reihe von Artikeln leitender Wirtschaftsbeamten, in der über den ungünstigen Verlauf der Beschaffung und des Transports von Saatgetreide nach dem Hungengebiete berichtet und eine neue fürchtbare Katastrophe ist das neue Erntejahr angedroht wird. Der Dezember sei völlig verloren gegangen und im Januar konnten nur 6,5 Millionen蒲nd Saatgetreide verladen werden. Der Schwerpunkt der Aktion ist auf den Februar verlegt worden, in dem das amerikanische Saatgetreide abtransportiert werden soll; aber selbst dann, wenn die in Aussicht genommene Menge voll beschafft würde, könne man bei den zerstörten Transportverhältnissen das Saatgut in den Minzertgebieten nicht rechtzeitig verteilen. Die Bodenbestellung ist auch infolge der fortschreitenden Entkräftung der Bevölkerung und des Viehs teilweise überhaupt nicht durchgeführt.

Die vor kurzem aus Saratow in Stockholm eingetroffenen Delegierten der schwedischen Liga zur Rettung der Kinder berechnen daß in den Hungergouvernementen bis zur neuen Ernte weitere neun Millionen Menschen dem sicheren Hungertode verfallen müssten.

Warum sollte er dem Papa auf die Nase binden, daß er seit Wochen in allen Berliner Zeitungen die Auswüchse des Berliner Nachtlebens studierte, in der stillen Hoffnung, recht bald mit ihnen Bekanntschaft zu machen. Der Vater hatte ihn schon vorher genügend durch wohlgemeinte Warnungen moralisch gefrästigt, und er zog es vor, sich zum stillen Wasser auszuwidmen, das dafür umso tiefer ist. Aber der Herr Regierungsrat mußte nörgeln.

"Natürlich, wenn man einen neuen Wirkungskreis von vorne herein mit Unlust und Abneigung gegenübertritt — wie ich jung war —"

Frau Agathe unterbrach die väterliche Ermahnung, die voraussichtlich bis Berlin gedauert hätte.

"Ob uns Onkel Adolf an der Bahn erwartet?"

"Natürlich!"

"Dann fahren wir gleich zu ihm —"

"Denkt Du, ich wollte mich erst noch in den Straßen herumtreiben?"

"Und morgen gehen wir gleich auf die Wohnungssuche! Herrgott, wenn ich an das Treppengelände denke! Unsere Möbel werden doch schon hier sein? Wir haben ja drei Wochen wie die Wilden lampiert! Nein, in so eine möblierte Wohnung ziehe ich nicht wieder! Und das sage ich Dir gleich: Das erste, beste nehmen wir nicht! Hübsch muß es sein, und geräumig und Zentralheizung und Warmwasserversorgung. Natürlich elektrisches Licht — weißt Du — Telefon lassen wir auch gleich legen. Du hast doch infiziert?"

"Zawohl, in der Täglichen Rundschau und im Tageblatt."

"Aber Mann — im Tageblatt!"

"Warum nicht — das wird am meisten gelesen —"

"Liebe Agathe —"

Der weiteren Unterhaltung wurde dadurch ein Ende bereitet, daß der Zug plötzlich stehen blieb.

"Sind wir da?"

"Ich glaube nicht — es ist alles dunkel — ach so — der Zug hat keine Einfahrt!"

Der Herr Regierungsrat begann die Koffer herabzunehmen, Frau Agathe hüllte sich in den Seal, Hildchen in den hellblauen

## Die neuen deutschen Sachleistungen.

Aus Berlin wird gemeldet: Das neue Abkommen über die deutschen Sachleistungen ist von den in Berlin weilenden Mitgliedern der Reparationskommission und Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und Wiederaufbauministeriums unterzeichnet worden. Die Mitglieder der Reparationskommission unterführen des Belgiers Bemelmans haben Berlin verlassen. Das Abkommen bedarf nunmehr noch der Bestätigung der deutschen Regierung und der Reparationskommission. Es sind auch noch verschiedene strittige Punkte durch die Gesamtheit der Reparationskommission aufzulären. Fest steht jedoch der Grundzug des neuen Abkommens, wonach für die Sachleistungen an Stelle der bisherigen gebundenen Wirtschaft durch die Staatsbehörden die freie Wirtschaft der Interessenten tritt.

In Zukunft sollen die französischen, belgischen oder sonstigen Geschädigten direkt bei den deutschen Lieferanten ihre Leistungen aufgefordert. Nur die Bezahlungen werden von den Regierungen ausgeführt, und dabei können die Verträge kontrolliert werden. Bei dem neuen System wird der deutsche Lieferant in der Regel Weltmarktpreise erzielen können. Bislang haben die Reichsbahnen Reparationsaufträge mitunter billiger vergeben können als die Preise waren, die die Reparationskommission vorschrieb. Diese Möglichkeit, woran das Reich verdienten konnte, fällt jetzt fort. Auf der anderen Seite hat bisher die Reparationskommission gelegentlich Preise vorschrieben, die billiger waren, als die deutschen Inlandspreise. So hat an den Lieferungen allein das Reich 100 Millionen Goldmark verloren. Wenn in Zukunft im allgemeinen Weltmarktpreise den Bestellungen zugrunde liegen, wird die deutsche Regierung die Lieferanten in entsprechender Höhe durch Papiermark bezahlen. Abgesehen von der Gefahr, daß auf diese Weise ein Reparationsgewinn erzielt zu stande kommt, hat die neue Regierung auch politische Bedenken. Es besteht die Gefahr, daß Frankreich seine Aufträge auf das Rheinland konzentriert, um dieses Gebiet von Deutschland wirtschaftlich nach dem Westen zu orientieren.

Für die Bezahlung ausländischer Rohstoffe wurde vereinbart, daß Sachleistungen, für die mehr als 25 Prozent ausländische Rohstoffe verarbeitet werden, vom Besteller voll bezahlt werden. Ausgenommen sind Leistungen für den unmittelbaren Wiederaufbau von Häusern und Fabriken im zerstörten Gebiet, bei denen das Deutsche Reich die volle Bezahlung zu leisten hat. Um die Beteiligung eines berufsmäßigen Dienstes an den Reparationen möglichst zu verhindern, wird die deutsche Regierung nach Möglichkeit den Fabrikanten selbst die Lieferung überlassen oder als Zwischenhandel nur anerkannte Handelsfirmen zulassen. Der große Apparat des Wiederaufbauministeriums, des Reichskommissars für die Lieferungen und der Landesauftragstellen wird abzubauen sein.

Die Ententestaaten werden bestrebt sein, ihre Aufträge so zu gestalten, daß die Eisenindustrie keinen Schaden erleidet. Dies hat namentlich auf die Eisengroßindustrie Bezug. Es wurde vereinbart, daß die Lieferungen an Eisen und Stahl zu 85 Prozent bezahlt werden. Doch bedarf gerade dieser Punkt noch der Bestätigung. Das Hauptmerkmal der Aufträge wird auf die Errichtung großer Elektrizitätswerke, die Elektrifizierung von Eisenbahnen, die Lieferung von sonstigem Eisenbahnmateriel, den Ausbau von Telephonanlagen, den Ausbau von Wasserstraßen und dergleichen entfallen.

Die Mindestgrenze für Aufträge im freien Verkehr soll 1500 Goldmark betragen, damit die Abrechnung nicht durch zu viele kleine Summen erschwert und die Kontrolle durch die Zahl der Aufträge nicht unmöglich gemacht werden. Eine Höchstgrenze besteht nicht. Auch die größten Reparationsaufträge werden im freien Verkehr vergeben werden können.

### Der Reichspräsident über die Reichspolitik.

Köln 28. Februar. (Telunion.) Auf Einladung des Kreisverbandes Köln der Sozialistischen Partei sprach gestern hier der Reichstagspräsident Doebe über die Regierungspolitik. Nach Ausführungen über die Koalitions- und Kompromißpolitik, die er als in der parlamentarischen Parteidiskussion begründet findet, suchte der Redner die Angriffe von rechts und links gegen diese Politik zu widerlegen. Er erklärte u. a.: Wir stützen die Regierung Wirth, weil ihre Politik die Eingliederung des deutschen Volkes in die Weltwirtschaft wieder ermöglicht hat. Anstatt der 3½ Milliarden Goldmark, die wir nach dem Londoner Diktat jährlich zahlen sollten, dürfen es nach Cannes höchstens 2½ Milliarden werden, dafür aber über 1½ Milliarden nicht in Gold, sondern in Sachleistungen. Nach sachverständigem Urteil können aber Frankreich und Belgien die Sachleistungen in den zerstörten Gebieten in dieser Höhe aber nicht leisten müssen.

Ulster, der Referendar half dem Vater in seinen Pelz. Als der Zug wieder anfuhr und gleich darauf in der Halle des Stettiner Bahnhofes hielt, war Familie Dieterici schon bereit, sich aus dem Gedränge des überfüllten Abteils in das Gewühl der Großstadt zu stürzen.

"Du, Clemens, etwas heller und freundlicher hätte ich mir den Bahnhof schon vorgestellt!"

Der Herr Regierungsrat antwortete nicht, sondern blickte aufmerksam um sich.

"Haltet Eure Sachen fest und seht Euch nach Onkel Adolf um — he — Dienstmänn!"

Ein Gepäckträger bemächtigte sich der größeren Handkoffer, man ging zur Bahnsteigperron — die ganze Familie spähte mit gespannten Blicken umher — von Onkel Adolf und Tante Charlotte war keine Spur zu sehen.

"Natürlich! Dein Bruder hat keine Zeit!"

"Aber Clemens —"

"Wir wollen nicht streiten — wir werden eben hinfahren,

"Natürlich!"

"Gepäckträger, geht eine elektrische Bahn von hier zur Fasanenstraße?"

"Sei jinge woll, aber se ieh nicht nich."

## Eine neue Note über die Deutschen Werke.

Berlin, 28. Februar. (Tel.-Union.) General Röder hat unter dem 13. Februar d. Jg. zur Frage der Deutschen Werke an das Auswärtige Amt eine Note gerichtet, in der unter dem Hinweis auf den grundsätzlichen Beschluss der Botschafterkonferenz, daß die Umstellung der verbotenen Fabrikationszweige in den Deutschen Werken unter Berücksichtigung besonderer Interessen der Arbeiter ausgeführt werden müßt, die Vorlegung folgender Unterlagen bis zum 15. Mai d. Jg. erbeten wird: a) Das zukünftige Programm für die Werke Erfurt, Spandau-Hasselhorst und Wolfgang in Hanau mit Angabe der für die Durchführung erforderlichen Abschnitte. b) Einem Übersichtsplan, aus dem die Rücknahme der für jeden der zukünftigen Fabrikationszweige in Betracht kommenden Werkstätten und Maschinen ersichtlich ist. Die Ausführungsbestimmungen über Außerbetriebsetzung usw. sollen von der Distriztskommission unter Aufstellung provisorisch weiter geführt werden. Die Umstellungen müssen beendet sein mit dem effektiven Aufhören des Kontrolle der ersten ist. Die Ausführungsbestimmungen über Außerbetriebsetzung der Ausführung schon getroffener Entscheidungen und solcher, die seitens der Botschafterkonferenz inzwischen revidiert worden sind. Im weiteren Verlauf der Ausführungen stellt die Note Richtlinien für jedes der in Betracht kommenden Werke auf. So darf beispielsweise, das Werk Erfurt Schußwaffen, Jagd- und Sportmunition nur provisorisch weiter fabrizieren. Dem Werk Wolfgang wird die Herstellung von Nitro-Lisen verboten. Den Schluß der Note bildet die Aufzählung der bereits über die Deutschen Werke getroffenen grundsätzlichen Entscheidungen.

## Politische Tagesneuigkeiten.

Reise deutscher Journalisten nach Südlawien. Die deutschen Journalisten wandten sich an die südlawische Regierung mit der Bitte ihnen die Erlaubnis zu erhalten eine Informationsreise in Südlawien besonders Dalmatien, Bosnien und in der Herzogtum unternehmen zu dürfen: an dieser Reise sollen auch deutsche Industrielle teilnehmen. Die südlawische Regierung erklärte sich mit dieser Reise einverstanden und trug den betreffenden Behörden auf, den Reisenden gewisse Erleichterungen zu gewähren.

Vom Verein der erwachenden Ungarn. Der Verein der erwachenden Ungarn hat in den Straßen Budapest aufleben lassen, die von der Polizei sofort beschlagnahmt wurden. Es war darin zu Tätschlichkeiten gegen die Juden aufgegangen worden.

Drohende Industriekrise in England. Der "Observer" teilt mit, daß in England wiederum die Gefahr einer Industriekrise besteht. Der Verband von Maschinenfabrikanten kündigt an, daß am 2. März alle Fabriken ihre Pforten schließen werden. Dasselbe bezieht sich auf die Schiffsbau-

## Vom Auslandsdeutschum.

Die deutsche Sprache in den Vereinigten Staaten. Die deutsche Sprache wird in den Vereinigten Staaten wieder mehr erlernt. Wie der "Sonntagsbote" in Pittsburgh berichtet, hat die Fakultät des Ohio State College in Philadelphia, woher die berühmteste Frauenuniversität des Landes, unter Vorsitz der Präsidentin der liberalen Gesellschaft M. Carrie Thomas, beschlossen, daß sobald die nötigen Vorbereitungen getroffen werden können, sich alle Studentinnen des College einer Prüfung im Deutschen als Bedingung der Graduierung unterziehen müssen und daß Bestimmungen hierfür scheinbar ausgearbeitet werden sollten.

Von der evangelisch-deutschen Kirche in Lettland. Kurz vor dem Auseinandersetzen der lettischen Kammer in die letzten Ferien versprach der Ministerpräsident, daß während des Sessionsschlusses die Regierung keine Gesetze von größter Bedeutung auf dem Verordnungswege, der ihr rechtlich offen ist, erlassen werde. Trotzdem erließ sie Bestimmungen über die Kirchen- und Gemeindeverwaltung, die jetzt der Kammer vorgelegt wurden, zusammen mit 56 anderen auf dem Verordnungswege erlassenen Gesetzen.

Dabei betonte der "Rigaer Rundschau" aufgrund der deutschen Abgeordneten Dr. Schiemann, daß dieses Gesetz unter gar keinen Umständen als Bagatelle angesehen werden dürfe. In dem Augenblick, in dem der Staat die Trennung von Staat und Kirche verfassungsmäßig durchzuführen in Angriff nehme, unterstelle der Staat durch dieses Gesetz die Kirchenverwaltung einer Kontrolle des Innenministers in einem Umfang, wie es zu Seiten des Patriarchats nicht geschehen sei. Wenige Tage vor Herausgabe des Gesetzes sei der Abgeordnete mit dem Vertreter der deutschen Kirchenverwaltung zusammen beim Ministerpräsidenten gewesen, und dieser habe erklärt, die Regierung stehe unverbindlich auf dem Standpunkt, daß der deutschen Kirche eine autonome Verwaltung zugestanden werden solle. Trotzdem sei wenige Tage später dieses Gesetz erschienen, durch das die deutschen Kirchenvertreter mit den lettischen in einer Synode vereinigt und dort mühelos und jederzeit majorisiert werden könnten. Das Gesetz scheint überhaupt keine Wahrung der Rechte der reformierten Gemeinden Lettlands vor, es beschränkt die bürgerliche wie die Gewissensfreiheit, es müsse also einer radikalen Umarbeitung unterzogen werden. Der Antrag des Redners, das Gesetz der juristischen Kommission zu überweisen, dieser aber eine Frist von 14 Tagen zur Erledigung ihrer Prüfungsaufgabe zu stellen, wurde gegen die 16 Stimmen der Minoritäten abgelehnt.

Ein aufrechter Mann in Brasilien. In Blumenau weilte Ende Oktober vorigen Jahres Dr. Dunshée de Abrahams, einer der herbtoradikalistischen brasilianischen Politiker und Schriftsteller, einer der wenigen, die während des Krieges in das allgemeine Verdammungsurteil über Deutschland nicht einstimmten, der als Abgeordneter gegen die Schwarzen Listen auftrat und gegen die Kriegserklärung an Deutschland stimmte. Er legte sogar den Vorsitz in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Parlament nieder, den er 10 Jahre inne gehabt hatte und verzichtete auf eine Wiederwahl ins Parlament, obwohl er nie trocken schwierige Anschuldigungen und Beschimpfungen seiner Überzeugung. Noch im Jahre 1917 veröffentlichte er sein Buch "Eine brasilianische Illusion" und suchte den Irrglauben zu zerstreuen, daß die Entente "für Recht und Freiheit" kämpfe und daß es Brasiliens Interesse erhebe, sich auf ihre Seite zu stellen. Der Klub Germania in Blumenau ließ es sich nicht nehmen, den berühmten Brasilianer zu empfangen und zu ehren. Auch hohe brasilianische Würdenträger nahmen an der Veranstaltung teil und lernten dabei das gesellige Leben der Deutsch-Brasilianer kennen. Der Gast nahm lebhaft an der Unterhaltung teil, sang auch die deutschen Lieder mit. Dr. Abrahams folgt, wie der Blumenauer "Umweltbote" mitteilt, demnächst einem Auf nach Heidelberg, um dort ein Jahr lang einen ihm längst angebotenen Lehrstuhl zu übernehmen. Dr. Abrahams antwortete auf die Begrüßungsworte des Klubpräsidenten, nur Vaterlandsliebe habe ihn zu seiner Stellung bewogen. Deutsche Gedanken und deutsche Arbeit würden auch fernerhin ihren Weg in der Welt machen. Der Gast besuchte auch Schule und Kolonien und verschaffte sich so vom Deutschland im Staate einen recht guten Überblick.

Das deutsche Theater in Prag. Das deutsche Landestheater in Prag, das seine Zeit nach den Unruhen vom tschechischen Staate übernommen worden war, und das auch trotz verschiedener Gerichtsverhandlungen für die Deutschen nicht zu retten war, ist jetzt durch einen freiwilligen Beschluß der tschechischen Regierung den Deutschen zurückgegeben worden. Am 10. Februar gab die Übergabe stattgefunden, die jedenfalls einen Akt staatsmännischer Einsicht des Präsidenten Masaryk und des Ministerpräsidenten Beneš darstellt. Präsident Masaryk wird Zeitungsnachrichten aufgrund eines beträchtlichen Beitrag zur Errichtung eines tschechischen Nationaltheaters in Prag läuten, um auch dem tschechentum in Prag ein Wahrzeichen seiner Kunst zu schaffen.

## Republik Polen.

Ein Grünbuch über die Schulden des Staates. Der Finanzminister, der bestrebt ist, Ordnung in die Finanzen zu bringen bearbeitet die erste eingehende Zusammenstellung der Innen- und Außen Schulden des Staates. Diese Zusammenstellung wird in Kürze in der Gestalt eines Grünbuchs erscheinen.

Ein polnisch-ungarischer Geheimvertrag. Der polnische Gesandt in Prag, Grzegorz Wit, hat an den Ministerpräsidenten Beneš ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die durch die "Daily Herald" veröffentlichte und durch die "Böhmische" wiedergegebene Nachricht über einen angeblich polnisch-ungarischen Geheimvertrag energisch Verwahrung einlegt.

Die Not der polnischen Rückwanderer. Bei der polnischen Rückwanderdelegation treffen täglich Massen von hungernden Flüchtlingen mit der Bitte um Kleidung und Lebensmittel ein. Täglich werden gegen 100 Personen verpflegt und aufgestaut.

## Deutsches Reich.

Universitätsfragen im preußischen Landtag. Bei der zweiten Beratung des Kultusrats im preußischen Landtag nahm der Kultusminister Voelitz das Wort, um einige gegen ihn gerichtete Angriffe zurückzuweisen, und sagte: "Das Ergebnis der Hochschulreform kann man wirklich nicht meager nennen. In unseren Richtlinien wollen wir die berechtigte Eigenart der einzelnen Universitäten möglichst schonen. Die außerordentlichen Professoren sollen künftig gebobene Privatdozenten sein. Nach Durchführung der Reform werden alle Dozenten nach ihrer Stellung charakterisiert werden. Die Studentenschaft ist nur der staatlich anerkannte Selbstverwaltungskörper, man darf sie nicht mit den Korporationen verwechseln. Der Sinn des Studentenrechts war doch der, der Studentenschaft eine Mitarbeit an dem Ausbau der Universitäten zu sichern. Voraussetzung war dabei die Ausbildung aller parteipolitischen Kampfe aus der anerkannten Studentenvertretung. Leider hat die Parteizerrüttung auch dort nicht Halt gemacht, und darum hat sich die Studentenschaft selbst durch die Göttinger Notverfassung zur Entpolitisierung ihrer Vertretung entschlossen. Ich persönlich habe diese Notverfassung begrüßt, und ich werde mich bemühen, in Verhandlungen mit der Studentenschaft eine entsprechende Änderung des Studentenrechts vorzubereiten. Die Ausländerfrage bearbeiten wir in Gemeinschaft mit dem Auswärtigen Amt. Wir treiben keine Liebedienerei vor dem Ausland, verübeln uns aber nicht des Erfolgs, daß der akademische Boden eine vortreffliche Gelegenheit bietet, zu errisseine Bande wieder anzugknüpfen. Es sind Maßnahmen getroffen, daß der deutsche Student nicht zurückgeschickt werden kann und die deutsche Würde gewahrt wird. (Beifall.) Auf keiner preußischen Universität im unbekannten Gebiet sind Engländer oder Franzosen zugelassen. (Beifall.) Bei der Berufung wird kein Professor nach seiner politischen Gesinnung gefragt. Ich werde immer den Verfassungsgrundsatzen verteidigen: Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei! Unter die Lehrfreiheit fällt es aber nicht, wenn ein Professor eine politische Demonstration im Rahmen einer Vorlesung veranstaltet. Professor Stuhs (Berlin) hat das leider getan. Ich mußte ihm deshalb meine ernste Mißbilligung aussprechen und ihn verwarnen. Ich muß es aber entschieden zurückweisen, wenn Abgeordneter Dr. Weiß solche Vorgänge verallgemeinert und von einer Zuchtlösigkeit der Professoren und Studenten spricht.

Eine Reise Dr. Rathenaus nach Rom? Die römische Nachrichtenagentur "Volta" meldet, daß Rathenau demnächst zu einer Besprechung mit der italienischen Regierung nach Rom kommen werde. In italienischen und deutschen Kreisen Rom wird allerdings erklärt, daß bis jetzt über diese angebliche Reise Rathenau noch nichts bekannt sei.

## Freistaat Danzig.

### Strassenüberfall auf zwei Franzosen in Joppot.

Danzig, 28. Februar. (Tel.-Un.) Im benachbarten Ostseebad Joppot wurden die beiden französischen Kaufleute Etienne (Vater und Sohn) aus Calais auf dem Nachhauseweg in der Wilhelmstraße von sechs jungen Burschen angegriffen, mit Messern bearbeitet und zum Teil schwer verletzt. Es gelang der Schuhpolizei, vier der Täter festzunehmen. — Die heutige polnische Presse versucht, aus diesem Vorfall ein deutsch-nationalistisches Attentat auf französisch sprechende Herren zu konstruieren und gibt der angeblichen allgemeinen Hetze gegen Frankreich die Schuld an solchen Vorkommnissen. Soviel an den zuständigen Danziger Stellen bekannt ist, handelt es sich aber lediglich um einen einfachen Raubüberfall, der ebenso gut auf Danziger oder deutsche Passanten verübt werden können. Die Verletzten haben sich beschwerdeführend an den französischen Konsul in Danzig gewandt.

## 19. Quittung.

Für die Wolgadeutschehilfe gingen ferner bei uns ein:

O. Schiller, Grebenstein	1 000.— M.
Friedrich, Grebenstein	1 000.—
"Wandervogel" (Ortsgruppe Posen)	3 000.—
Sammlung des Frauenvereins Obrzysko	6 220.—
Sammlung des Ortsbauernvereins Słubin	25 435.—
Sammlung der evang. Gemeinde Bojanowo	14 870.—
Samml. der Kreisbauernvereine Adelnau, Ostrowo, Schildberg	36 700.—
Sammlung der Gemeinde Słobnisko, p. Choroni	5 961.—
Ostwald, Posen	600.—
Chr. Deller, Archiv	2 000.—
Daniel Gruber, Archiv	2 000.—
	95 786.— M.
Betrag der 1.-18. Quittung	2 131 069.—
Zusammen	2 229 855.— M.

Spenden von auswärtigen können auf unser Postcheckkonto Nr. 200 283 in Poznań eingezahlt werden, wobei keinerlei Portokosten entstehen.

Posener Tageblatt

## 18. Empfangsbescheinigung.

Von der Sammelstelle des "Posener Tageblatts" heute als achtzehnte Ablesung den Betrag von 157 855.— Mark in Witten: Hundertsechzehn und fünfzigtausenddreihundertsfunfundfünfzig Mark bar für die Wolgadeutschehilfe erhalten zu haben, bescheinigt hiermit mit verzücktem Dank.

Poznań den 1. März 1922.

Aleje Marcinkowskiego 26

(ges.) Landesverband für Innere Mission in Polen.

Wer hilft weiter?

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	1. März	28. Februar
Bank Biwak I.—IX. Em.	—	250 + N
Bank Bank Biwak I.—III. Em.	—	245 + N
Kwilecki, Potocki i Sta. I.—VI. Em.	255 + N	255 + N
R. Barcikowski	175 + A	180 + A
G. Cegielski I.—VII. Em.	215 + A	220 +
Central Skłr.	—	260 +
C. Hartwig I.—IV. Em.	285 + A	290 + A
Hurtownia Zielona Góra	—	150 + N
Hurtownia Drohobycz	145 + A	185 + A
Honasan	—	185 + A
Huban	1250 + N	—
Dr. Roman Maj	520 + A	510 + N
Patria	390 + A	390 + A
Posn. Spółka Drewniana I.—IV.	670 + N	650 + N
V.	630 + N	590 + N
Wytworna Chemiczna I.—II. Em.	170 + A	170 + A
III. Em.	—	260 +
Arenica	—	—
Orient	220 +	—
Waggon Ostrowo	175 + A	500 + N
Hartwig Kantorowicz	—	500 + N
Auszahlung Berlin 17875 + A.		

### Inoffizielle Kurse:

Bank Brzegiowów	230—240 +	230—235 + N
Herzfeld-Birkius	305—310 +	310 + A
Wytworna Mązajn Wydział I.—III.	—	310 +
Bapiernia, Bydgoszcz	—	205 + N
Trie	—	200 + A
Sarmatia III. Em.	375 + N	140 + A
Kabel	—	175 + N
Lloyd Bielopolsc	—	175 + N

### Inoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörsen vom 1. März 1922.

(Die Großhandelpreise verstehen sich für 100 kg. bei sofortiger Waggonlieferung.)

Weizen	13 400—14 400	Rüben	17 000—19 000
Roggen	9 800	Ödemeinig	17 000—19 000
Branzerste	9 000—9 400	Beluschen	9 000—11 000
Hafer	9 000—9 400	Serdabela	14 000—16 000
Weizenmehl 70%	19 200—20 200	Buchweizen	10 000—11 000
Roggenmehl 70%	12 600—13 600	Blasse Lupine	6 000—8 00



Donnerstag, 2. März 1922.

Beilage zu Nr. 50.

## Aus der polnischen Presse:

Was die Zeitungen zu dem Wilnaer Volksentscheid sagen. Die "Gazeta Warszawska" schreibt: "Endlich sind die Beratungen des Wilnaer Sejms beendet worden. Sie erregten Unruhe, weil sie unnötig und zwecklos hinauszogen wurden, und zwar über eine Frage, die eigentlich schon im Gewissen der gesamten Bevölkerung und der durch sie aussermäntelten Sejmabgeordneten gelöst war. Die Beratungen endeten mit einer durchaus klaren und deutlichen Beschlussfassung. Der endgültige Beschluss bestätigt, daß das Wilnaer Gebiet bedingungslos und ohne Vorbehalt einen un trenn baren Teil der polnischen Republik darstellt, und daß diese das allgemeine Recht hat, Bestimmungen über Gesetze und Maßnahmen im Wilnaer Gebiet im Einklang mit der Verfassung zu treffen." Weiter lesen wir: "Der Staatspräsident hat während des Streitfases im November erklärt, daß er den Volkswillen des Wilnaer Gebietes anerkennen werde. Der Auslandsminister verpflichtete sich gegenüber dem Sejm auch dazu. Es scheint also, daß keine Anschläge von Seiten der Föderalistin, welche sich als lokale Bürger dem Wilnaer der Mehrheit fügen mühten, zu befürchten sind." In der "Rzeczpospolita" gibt Stanislaw Skroński einen Umriss des gesellschaftlichen Zusammenlebens Polens mit dem Wilnaer Gebiet und schreibt: "Der Beschluss des Wilnaer Sejms vom 20. Februar 1922 über die Zugehörigkeit des Wilnaer Gebietes zu Polen steht deshalb so groß, mächtig und heilig da, weil durch ihn die Stimme des 537-jährigen Zusammenlebens auf Glück und Gedeihen, durch goldene Zeiten und Zeiten schweren Hochs, aber immer in unverbrüchlicher, aufrichtiger Treue, mit der jedes Wort des Beschlusses durchdrängt ist, zum Ausdruck kommt. Die letzten 100 Jahre wiederum waren ganz und gar von der harten Unterdrückung durch Russland ausgefüllt und die drei Jahre 1919, 1920 und 1921 waren dauernd Beweise dafür, daß Europa sich mit seinen vermorrenen Verhältnissen und seinen verschiedenartigen nationalpolitischen Entwicklungen nicht zurechtfinde. Deshalb mußte bei einem solchen Stand der Dinge nicht Barcikau, sondern Wilna selbst sprechen. Es hat gesprochen. Und es gibt keine Macht in der Welt, die gegen den auf das 537-jährige Zusammenleben gestützten Volkswillen auftreten könnte, gegen jenes in der heutigen Welt allerheiligste Recht, das in dem Beschluss vom 20. Februar 1922 zum Ausdruck kommt. — Im "Kurjer Warszawski" sieht Herr B. R. die Lage nicht so optimistisch an wie die "Gazeta Warszawska". Er schreibt: "Es sind unter uns Leute vorhanden, welche die Erledigung der Wilnaer Frage durch den Wilnaer Sejm bedauern und verschiedene Mittel und Wege empfehlen, die für Verständigung mit Kowno eine 'offene Tür' lassen. Obwohl die Vertreter dieser Richtung ihr Verständnis der Lage und zugleich die Einfachheit ihrer Gegner genügend betonen, geben wir aufdringlich zu, daß wir es nicht verstehen können, worauf die 'offene Tür' beruhen soll. Es liegt klar auf der Hand, daß die Anerkennung einer politischen Autonomie für das Wilnaer Gebiet keine Lösung darstellt, da doch dieses Land ein un trennbarer Teil der Republik sein soll. Nicht minder klar ist es, daß eine Einschränkung des Wilnaer Sejms keine Trümpe zugunsten einer Union mit dem Kownoer Litauen in die Hand gibt. Es wird also keine allzu große Sühne sein, wenn man annimmt, daß alle diese Vorschläge nur den Wunsch verdecken, irgend etwas der Zeit zu überlassen, kurz keinen konkreten Gedanken verraten. Die polnische Diplomatie kann mit solchen nebelhaften Plänen nicht operieren. Wenn in kürzerer Zeit eine sehr schwere Aufgabe in ihren Händen ruhen wird, dann muß sie ganz genau wissen, wohin sie strebt. Nach unserer Auffassung können die Elemente, welche ausschließlich um das Schicksal der Minderheiten im Wilnaer Gebiet besorgt sind, dadurch beruhigt werden, daß man sich auf die polnische Verfassung und auf die polnische nationale Politik beruft. Und gegenüber denen, die die Erleichterung einer Union mit Litauen wünschen, können wir uns auf die in dieser Richtung aufrichtigsten Bestrebungen des gesamten polnischen Volkes berufen. Das sind ganz einfache Formeln, und doch hatten wir schon soviel Ausflüchte, sobald Verwirrung, sobald Lust zu Kompromissen und sogar zur Skotterie."

rentenzulage den 40fachen Betrag der gesetzlich festgelegten Renten ausmachen werden. Im Vergleich der bisher gezahlten Renten erhöhen sich die Bezüge um 300 v. H. Die erhöhten Renten werden von den Postanstalten zum ersten Male am 1. d. Mts. gezahlt werden. Der Preis für eine Versicherungsmarke (jährlicher Arbeits verdienst über 1150 M.) beträgt 30 M.; da ein geringerer jährlicher Arbeits verdienst unter den jetzigen Verhältnissen nicht in Betracht kommt, sind für die Zukunft nur Marken im Preise von 30 M. zu kleben. Die Preiserhöhung ist mit dem 27. v. Mts. in Kraft getreten, von welchem Tage nur Marken neuen Wertes gelebt werden dürfen. Für den Zeitraum nach dem 27. Februar 1922 gelebte Marken alter Art verfallen der Einwertung. Das Kleben von Marken alter Art ist in den nächstfolgenden 6 Monaten nur dann zulässig, wenn die Beitrags leistung für ein vor dem 27. Februar 1922 liegenden Zeitraum bestimmt ist. Besitzer von Marken alter Art können diese bis zum 31. August 1922 bei den Postanstalten umtauschen, nach diesem Termin werden diese ungültig, und ihre weitere Verwendung zieht Bestrafung nach sich.

## Unser neuer Roman.

Wir beginnen heute mit dem Abdruck eines humoristischen Romans ("Obdachlos" von Otfried von Hanstein), der von allerhand merkwürdigen Verwicklungen, in die eine nach Berlin ziehende und dort eine Wohnung suchende Familie gerät, erzählt und unterhaltsend zu berichten weiß. Die leicht karikierende Darstellung wird sicher vielen unserer Leser eine erwünschte Abwechslung bringen.

# Grotes Theater. Die nächste Aufführung von Waanders "Fliegendem Holländer" findet am Freitag dieser Woche statt. Sie beginnt um 7½ Uhr. Mußtliche Zeitung: Direktor Dolzki.

# Das polnische Streichquartett an dessen erstem Pult. Zdzisław Janke ist, wie am Donnerstag, dem 9. März ein Konzert im Evangelischen Kreishaus. Eintrittskarten sind in der Musikalienhandlung von Görlitz, ul. 27. Grudnia 20, zu haben.

# Fußballsport. Zum ersten Male in diesem Jahre standen sich gegenüber der Club Sp. "Sola" und der Turnverein "Vai Kocha". Das Spiel endete mit dem Resultat 7:1 für den Club Sp. "Sola".

X Diebstähle. Am Montag vormittag wurden durch Einbruch im Hause Przepadek (älterer Waldarbeiter) Damen- und Herrenwäsche, ges. Z. C. und A. Z., sowie drei Schürzen im Gesamtwerke von 150 000 M. geklaut. Bei der Gerichte-Einsatzgenossenschaft in der ul. Franciszka Ratajczaka 11 (älterer Müllerstr.) wurde in der Nacht zum Dienstag der Geldschrank geöffnet und es wurden daraus 22 000 M. gestohlen. — Vor der Fabriktausgabe auf dem Hauptbahnhof wurden gestern vormittag einem Manne eine Brieftasche mit 340 M. und Militärausweispapieren auf den Namen Roman Simulz gestohlen.

ib. Kosten, 28. Februar. Die Ortsgruppe Kosten des Verbandes deutscher Handwerker in Polen hielt am Sonnabend im Hotel Victoria ein Haltnachgespräch ab. Bring Karneval führte eine urkomische Promenade an. Eine Dame unter der Maske eines reisenden Blumenmädchens veranstaltete eine Geldsammlung, deren Zweck und Ziel durch reichliche Spenden sofort anklamm wurde. Nach der Demaskierung erfolgte die Fortsetzung unter Mimiung der wilden Tiere, welche den Reford schlug. Das Ergebnis waren 14 082 M. für die Wogadentschen. Auch der Gesang des neu gegründeten Männerchores, sowie die Überraschungen der Theateraufführung und sonstige Vorläufe hatten ihren guten Zweck nicht verfehlt.

\* Lissa i. P., 28. Februar. In Brand geraten ist gestern vormittag in Lissitz eine große Feßbühne. Leider ist die Scheune voll mit dem jetzt so teuren Hafer gefüllt gewesen, so daß der Besitzer und die Allgemeinheit einen großen Schaden erleiden. Die Ursache des Brandes scheinen Zigaretten rauchende Jungen gewesen zu sein.

\* Biss i. P., 28. Februar. Das Dominium Reichenau dem Rittergutsbesitzer Weiß gehörig, ist gegen das Dominium Dittersbach veraukt worden.

\* Samter, 28. Februar. Wie der Samterschen Zeitung aus dem Postamt mitgeteilt wird, wurde auf den Zug 1440 Ronke-Posen am Donnerstag abends zwischen Ronke und Penkowo aus einem Revolver geschossen. Gürtlerweise wurde niemand verletzt. Außer der zertrümmerten Scheibe wurde bloß der Hut eines Mitreisenden durchlöchert.

\* Gnesen, 28. Februar. Ein Raubüberfall wurde auf die Zeitung des Postagenten Kasperki in Dzialyn bei Gnesen ausgeübt. Kasperki und dessen Frau wurden von den Banditen in den

Keller gesperrt und die Wohnung wurde völlig ausgeplündert. Den Banditen fielen 1400 Mark Bargeld, zwei Pelzmäntel und 7000 M. Postgelder in die Hände.

\* Inowrocław, 28. Februar. In der letzten Stadtverordnetenversammlung, die sich fast ½ Stunden hinzog, wurde eine Protestresolution gegen Einführung des Tabakmonopols angenommen. Die Arbeitervertreter hatten sich an den Verhandlungen über diesen Punkt der Tagesordnung nicht beteiligt und verließen den Sitzungssaal, da ihr Antrag auf Streichung dieses Punktes von der Tagesordnung abgelehnt worden war. In der Arbeitslosenfrage reichten die Arbeitnehmer wieder einen Dringlichkeitsantrag ein, der den sofortigen Beginn der Pflichtierung der Minen- und Staro-Boguszastraßen fordert. In der Aussprache über diesen Punkt machte Stadt, Müller-Czarny den Vorschlag, im Frühjahr eine Generalreinigung der Stadt durchzuführen, und zwar besonders im Hinblick auf die Epidemiegefahr. Ein großer Teil unserer Arbeitslosen dürfte nun bald bei den Pflichtierungsarbeiten beschäftigt finden, und da die Stadtverordnetenversammlung auch einen Kredit von 20 Millionen Mark für den Ausbau des Solbades bewilligte, so dürfte für den anderen Teil unserer Arbeitslosen auch bald Arbeitsgelegenheit beschafft werden können. Die Stadtverordnetenversammlung wählte eine Kommission für die Fortführung von Damenzahlungs-Erleichterungen, erhöhte die Steuer vom Umsatz bei Grundstückverkäufen von 1 auf 3 v. H. stellte den Sportplatz beim Solbad dem Komitee für physische Erziehung zur Verfügung und erhöhte die Gebühren für elektrische Fahrräder. Eine lebhafte und erregte Aussprache rief zum Schluss die Frage der Deckung des Schlachthauses des Bezirks von 2 Millionen hervor. Der Schulde für diesen Betrieb konnte auch diesmal nicht gefunden werden, und man verzögerte sich damit, in Zukunft rationeller wirtschaften zu wollen. Ein Biederungsmachungsantrag, der eine 100prozentige Erhöhung der Schlachthausgebühren fordert, wurde der Kommission überwiesen.

\* Briesen 28. Februar. Zum Bürgermeister vor Briesen wurde einstimmig der bisherige kommissarische Bürgermeister Böbowksi ernannt.

\* Berent, 28. Februar. Der bisherige Bürgermeister Unisli ist auf einer Reise nach Polen am Gehirnblut gestorben.

\* Konitz, 28. Februar. Bei der Mörderfamilie Janowskis, über deren Verhaftung wir berichtet haben, fand man 200 000 M. deutsches Geld, einen gefälschten Wechsel und 400 000 M. polnisches Geld vor. Der alte Janowskis pflegte immer zu seinen Söhnen zu sprechen: "Keils arbeitet nur nicht denn vor der Arbeit werden die Gedärme nicht feit." Es liegt der Verdacht vor, daß Janowskis seines dritten Sohnes auch ermordet hat. Es gibt offen zu, gemordet zu haben und drückte sich mit einem bodenlosen Hypnotismus aus. Es hätte schon so viel Schandtaten verübt, daß es endlich mal Zeit sei, daß ihn Gott bestrafe. Während sein Sohn Stanislaw aufhielt, an dem Morde der Familie Jentsch beteiligt gewesen zu sein, leugnet der Sohn Anton jede Beteiligung an der furchtbaren Tat. Es steht aber fest, daß die Mörder die Kinder der Familie Jentsch vor dem Ofen in Reich und Gleid aufgestellt und nach ihnen mit kaltem Blute geschossen haben. Wenn ein Kind noch ein Lebenszeichen von sich gab, wurde es mit der Axt vollends getötet.

## Aus Ostdeutschland.

\* Königsberg, 28. Februar. Auf den Schießständen in Spring bei Königsberg i. Pr. wurde der 12½ Jahre alte Oberreal Schüler Bruno Hempel, Sohn eines Besitzers aus der Provinz, der in Königsberg in Pension war und die Oberrealschule besuchte, von einem bisher noch unbekannten Wüstling auf bestialische Weise ermordet. Zweimal war ihm mit einem scharfen Messer die Kehle durchschnitten worden. Der Mörder hatte versucht, sich an seinem Opfer zu vergehen. Der Mörder hat sein Opfer an einen Quergraben gejagt, es dort hineingeworfen und mit Schnee zugescharrt, so daß man am nächsten Morgen nur eine Körperente aus dem Schnee hervorkommen sah. Dicht daneben hat dann der Mörder seine blutigen Hände im Schnee gesäuert und hat sich darauf unbemerkt entfernt. Der Ermordete hatte seinen in Kalihof wohnenden Onkel besucht und war von diesem abends fortgegangen, um sich nach seiner Pension zu begeben, wo er nicht mehr eingetroffen ist. Auf dem Wege von Kalihof nach der Stadt muß der unglüdliche Knabe von dem Mörder angegriffen und mit irgendwelchen Vorstiegeln oder Versprechungen dazu bewegt worden sein, mit nach den Schießständen abzuziehen. Bereut ist die Leiche nicht, denn in den Taschen des Toten fand man sowohl seine Geldbörse, wie auch das Taschentuch und das Taschenmesser vor, sowie auch zwei Äpfel, die er von seinem Onkel geschenkt erhalten hatte. Irgendwelche Anhaltspunkte über den Täter haben sich bisher nicht ergeben.

Der Beruf des Landwirts.  
Die Lust, den landwirtschaftlichen Beruf zu ergreifen, ist bei vielen jungen Leuten sehr groß, und es ist auch ein schöner Beruf. Wer ihn aber ergreift, der muß sehr viel Lust und Liebe auf Sache, somit Ausdauer besitzen, und wer Landwirt werden will, der soll sich die Sache erst einmal nach allen Richtungen hin überlegen. Nehmen wir gleich zuerst einmal die finanzielle Seite, so steht der Betreffende vor der Frage: Gibt ich das nötige Vermögen, oder werde ich es voraussichtlich nach einer Reihe von Jahren besitzen, um mir ein Gut zu kaufen oder zu pachten? Ist dies nicht der Fall, so bleibt noch die Möglichkeit, landwirtschaftlichen Beamter zu werden. Aber dabei sollte sich jeder, der den Beruf ergreift, von vornherein klar machen, daß es von 100 landwirtschaftlichen Beamten nur einem oder wenigen gelingt, so viel zu verdienen, daß er sich einmal selbstständig machen kann, d. h. sich etwas pachten oder kaufen kann. Man wird da vielleicht sagen, es braucht ja kein Gut gekauft oder gepachtet werden, man kann sich ja mit einer Wirtschaft von 100 Morgen und darunter begnügen. Abgesehen davon, daß eine solche Wirtschaft heute auch schon Millionen kostet, ist es kaum möglich, sich in die Landwirtschaft einer solchen Wirtschaft zu finden, also Bauer zu sein. Dazu muß man — denke ich — als Bauer geboren sein. Denn man muß da der erste Knecht sein, das Vieh, besonders die Pferde selbst besitzen und in der Ernte schwer mitarbeiten; den Herrn zu spielen ist als Bauer eben nicht möglich. Die einzige Vorbildungsart für den Bauernberuf wäre die, als Knecht bei einem Bauern in Dienst zu treten. Jemand, der längere Jahre landwirtschaftlichen Beamter gewesen ist, wird schwierig mehr den Entschluß fassen, einen Bauernhof zu erwerben und als Bauer ein immerhin entsagungsvolles Leben zu führen.

Wer denn also fest entschlossen ist, Landwirt zu werden, der sehe sich nach einer geeigneten Lehrstelle um. Für die ersten Jahre ist die Ausbildung gleich, für den, der Beamter bleibt wie für den, der sich später selbstständig machen kann, sollte es wenigstens sein, denn aus verschiedenen Gründen ist es für letzteren sehr von Vorteil, wenn er den Beruf eines Wirtschaftsinspectors selbst am eigenen Leibe lernt und dabei gleichzeitig alle Erfahrungen im Beruf sammelt. Das Gut, auf dem die Lehrzeit abgemacht wird, soll nicht zu groß sein, damit der Lehrling durch den großen Betrieb nicht zu sehr verwirrt wird und auch der Lehrchef ist mehr in der Lage, sich um den Lehrling zu kümmern. Güter von etwa 1000 Morgen werden besonders geeignet sein. Die Lehrzeit soll zwei Jahre dauern; wer nicht Landwirtsohn ist, sollte sich unter keinen Umständen mit einer längeren Lehrzeit begnügen. In der Lehrzeit soll der Lehrling sämtliche landwirtschaftlichen Arbeiten lernen, als da sind: graben, hauen, Düngen

laden und breiten, mähen; dann pflügen, eegen usw.; zunächst selbst auszuführen und dann selbst zu leiten. Er wird dann beurteilen können, wieviel ein Mensch oder ein Gespann in einer bestimmten Zeit leisten kann, und wenn er das in seiner Lehrzeit geübt und gelernt hat, so ist das schon genug, er wird sich dann in jeder Lage helfen können. Nun wird sich ein gewissenhafter Lehrherr nicht damit begnügen, dem Landwirtschaftslehrling beigezubringen, wie die Arbeit ausgeführt wird, sondern er wird es ihm auch klar machen, "warum" die Arbeit ausgeführt wird. Der Lehrling wird lernen, wie die Vieh gefüttert und behandelt wird und was man die betreffende Fütterungs- und Behandlungsweise für das Vieh richtig und notwendig ist. Daran werden sich andere theoretische Fragen über Ackerarbeit, Düngung, Tierheilkunde usw. anschließen. Ist eine Brennerei oder andere Fabrik auf dem Gut vorhanden, so wird der Landwirtschaftslehrling einige Zeit in dieser beschäftigt werden. — Für den Berufslandwirt heißt es zeitig aus dem Bett und jede Witterung extra lernen. Oft wird er nachts aus dem Bett geholt, wenn ein Stück Vieh erkrankt, bei dem er sich dann oft Stundenlang aufzuhalten muß, oder wenn eine Kuh Mutterfreuden entgegensteht. Wer das Bedürfnis nach Geselligkeit hat, der soll auch nicht den Landwirtschaftswählen.

Nach beendeter Lehrzeit erhält der junge Landwirt dann eine bezahlte Stelle als Volontärverwalter, Assistent, 2. Inspector oder dergl., um dann zum Inspector aufzusteigen. Bis zu welcher Selbstständigkeit es der Beamte bringt, das hängt in erster Linie von seiner Tüchtigkeit ab. Es gibt ja eine Anzahl ganz selbstständiger und sehr einträglicher Stellungen, aber an den Leiter einer solchen werden auch große Ansprüche gestellt, nicht nur als Landwirt, sondern auch als Kaufmann.

Neben den eigentlichen landwirtschaftlichen Beamten werden in der Landwirtschaft noch Bureaubeamte beschäftigt, Rechnungsführer, Rentendant, Rentmeister usw. genannt, von denen häufig aber auch einige landwirtschaftliche Kenntnisse verlangt werden, da sie auf manchen Stellen die Hofverwaltung, Speicherwaltung und die Behandlung des frischen Viehs übernehmen müssen.

Für den Landwirtschaftslehrling sei noch ein Buch empfohlen,

das ganz vortrefflich alles für ihn Notwendige und Lehrreiche in leicht fächerlicher Form enthält: "Der Landwirtschaftslehrling", von Böhme (Verlag von Paul Parey), von dem kürzlich eine Neu bearbeitung erschienen ist.

## Was ist eine "Lehrwirtschaft"?

In der vom Hauptverband deutscher Bauernvereine herausgegebenen Prüfungsordnung für die Landwirtschaftslehrlinge werden die zur Ausbildung von Landwirtschaftslehrlingen besonders empfohlenen landwirtschaftlichen Betriebe als anerkannte Lehrwirtschaften bezeichnet. Diese Lehrwirtschaften haben folgende Bedingungen zu erfüllen:

a) Der Leiter der Wirtschaft muß sich verpflichten, die jungen Landwirte, die er in seinem Betrieb einstellt, nach den in der Prüfungsordnung für Landwirtschaftslehrlinge niedergelegten Grundsätzen praktisch und theoretisch auszubilden. b) Zwischen dem Lehrherrn und den Landwirtschaftslehrlingen ist der vom Hauptverein deutscher Bauernvereine entworfene Lehrvertrag abzuschließen. Wesentliche Änderungen des Lehrvertrages unterliegen der Genehmigung des Hauptvereins deutscher Bauernvereine. c) Der Lehrherr hat darauf zu halten, daß nach beendeter Lehrzeit der Landwirtschaftslehrling sich einer Prüfung unterzieht. d) Inhaber einer Lehrwirtschaft müssen auf Anforderung ihre Wirtschaften zur Abhaltung einer Prüfung zur Verfügung stellen. e) Der Lehrherr verpflichtet sich, frei verwerbende Lehrstellen dem Hauptverein deutscher Bauernvereine bekannt zu geben und die von diesem zugewiesenen Landwirtschaftslehrlinge bei der Einstellung in erster Linie zu berücksichtigen.

Anträge auf Eintragung in die Liste der anerkannten Lehrwirtschaften sind an den Hauptverein deutscher Bauernvereine zu stellen.

## Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— Goethe-Woche in Frankfurt a. M. In Anwesenheit des Reichspräsidenten Gehrts, des Ministers Dr. Köster und Dr. Bößig wurde in Frankfurt a. M. die Goethe-Woche eröffnet. Dem Charakter der Veranstaltung entsprechend vollzog sich alles in schlechter Form. Beim Begrüßungsabend am 28. Februar hielt der Reichspräsident eine Ansprache. Unter den Gästen befinden sich Thomas Mann und Fritz von Unruh.

— Das Max-Reger-Fest, auf das schon wiederholt hingewiesen wurde, findet vom 29. April bis 1. Mai in Breslau statt. An ihm werden erstklassige Solisten mitwirken, darunter Fritz und Adolf Busch, Enrico Leisner, das Wendling-Quartett, der Klarinetist Dreischad, die Herren Berthold und Köhler aus Stuttgart und Wolfgang Reimann. Die Oberleitung liegt in den Händen von Professor Georg Dohrn-Breslau, der dem Negerischen Schaffen besonders nahe steht.

— Italienisches Volksbücherei-Institut. Die für die Massen erschwinglichen, die Volksbildung beeinträchtigenden italienischen Buchreihe geben Anlaß zur Gründung eines italienischen Volksbücherei-Instituts in Mailand. Die Anstalt wird — nach dem "Vorbericht für den deutschen Buchhandel" Leipzig — billige Bücher, wie die "kleine Bibliothek für Bauern", "Büchererziehungsbücher", sowie kunstgeschichtliche Werke herauszugeben. Je nach dem Inhalt werden die Bücher in vier Gruppen eingeteilt, und zwar: eine Volstraditionsbücherei, Wissenschaft, Lebensbeschreibungen und verschiedene für die Bildung der Massen unerlässliche Werke.

## Neues vom Tage.

**S**Messe-Flugdienst Berlin—Leipzig. Wie im vorigen Jahre wird auch diesmal während der Leipziger Frühjahrsmesse in der Zeit vom 4. bis 14. März ein regelmäßiger Flugdienst zwischen Berlin und Leipzig eingerichtet werden. Geplant ist täglich dreimalige Verbindung mit Anschlüssen nach Nürnberg—München—Augsburg sowie nach Magdeburg—Hamburg und Dresden. Da im vergangenen Jahre ein sehr großer Andrang von Fluggästen war, beabsichtigt die Deutsche Luftreederei diesmal auf der Strecke Berlin—Leipzig Großflugzeuge einzusetzen. Für einen regelmäßigen Busverkehrsdienst mit Automobilen ist Vororge getroffen.

**G**lücksgang der schwedischen Erzausfuhr. Der ungünstige Stand der Mark hat es mit sich gebracht, daß in letzter Zeit neue Abschlüsse in Schweden-Erzteile nicht getägt worden sind. Diese erfolgen nur für bereits bestehende Aufträge. Um die Produktionskosten herabzudrücken, haben die schwedischen Bergwerksbetreiber schon seit längerer Zeit Verhandlungen mit ihren Arbeitern zwecks Lohnherabsetzung eingeleitet. Für den Bergbau sind, wie der "Deutsche Handelsdienst" hört, diese Verhandlungen jedoch gescheitert.

**B**ekanntmachung wegen Ausliegen der Hebelisten der zu zahlenden Danina von Mietern.

Es wird zur Kenntnis gebracht, daß die Hebelisten der zu zahlenden Danina für die in fremden Wohnhäusern gemieteten Wohnungen und Geschäftsräumen pp. in der Zeit vom 26. Februar bis zum 11. März d. Js.

und zwar  
a) in der Schulstraße Wielkie Gabary 25 für die Steuerbezirke 3, 4, 5, 7, 8,  
b) im Lokal des früheren Postamtes, ul. Wroclawska 17, für die Steuerbezirke 1, 2, 6, 9, 10,  
c) im Schulpavillon ul. Słowackiego 54/56 für den Stadtteil Jeżewo (Steuerbezirke 13, 14, 17, 18),  
d) im Schulgebäude ul. Barwinkiego für den Stadtteil Łazarz und Górczyn (Steuerbezirke 12, 6, 20),  
e) im Schulgebäude Górska Wilda 79 für den Stadtteil Wilda (Steuerbezirke 11, 15, 19)

zu jedermanns Ansicht ausliegen.  
Einprüfung gegen die Berechnung der Danina können in der Zeit vom 12. bis 25. März d. Js. bei der Wielkopolska Izba Skarbową durch den Magistrat Abteilung IV angebracht werden.

Bahlungstermine sind für die 1. Rate (Hälfte) vom 5. März bis 1. April d. Js., für die 2. Rate vom 2. April bis 13. Mai d. Js.

Poznań, den 28. Februar 1922.  
Magistrat IV.

**Kohlenverteilung.**

Auf Montag den 27. Februar dürfen Händler, die Kohlen auf Lager haben, die selben wie folgt verteilen:

Abschnitt Nr. 11 Kohlenkarte (A') 1 Grt. Kohlen, 17 u. 18 (B') je 1 Grt. 2 Grt. Kohlen, 22 u. 23 (C') je 1 Grt. 2 Grt.

Auf die obenerwähnten Abschnitte können auch Bruttokästen sofern sie im Besitz derselben Händler sind, zu gleichen Preisen wie Kohlen verabfolgt werden.

Abschnitte Nr. 10 (Kohlenkarte A'), Nr. 16 (Kohlenkarte B') und Nr. 21 (Kohlenkarte C') verlieren mit dem 28. 2. 22 die Gültigkeit und dürfen von den Händlern nicht mehr beliefert werden.

Poznań, den 25. Februar 1922.  
Der Magistrat.

**Der Gemeinnützige Siedlungsverein, E. V.**  
in Deutsch-Jilehne (Rezekne) vergibt an siedlungslustige Geschäftleute und Private zu günstigen Bedingungen 5659

**billige Bauplätze**

welche ca. 300 Meter von der Bahnstation Jilehne-Nord (Ostbahnhof) gelegen sind. Anschrift erhebt der Vorsitzende, Direktor HANS WAHL, Schloss Jilehne (Rezekne, Deutschland).

**Saatzuchtwirtschaft Sobotta,**

powiat Plejzow (Wielkopolska) gibt nachstehendes, durch die Wielkopolska Izba Rolnicza anerkanntes Saatgut ab:

**Original von Sieglers Duppauer Hafer**, lagerreicher, mittelhoher Rübenhafer, sehr ertragreich, großes weißes Korn mit seiner Spelze, sehr starkes gelbes Stroh. Preis pro 50 kg 8000 M.

**Original von Sieglers Kaisergerste**, großes volles Korn, sehr starkes Stroh, gibt bei ausreichender Düngung und gutem Kulturstand hohe Erträge. Preis pro 50 kg 8000 M.

**Original von Sieglers Röter Sommerweizen** kann dieses Jahr nicht geliefert werden. Verhandlung erfolgt in Käufers frei einzufindenden, lochfreien und gut gereinigten Säden oder in neuen Zutesäden zum Tagespreis gegen Vereinfachung des Beitrages ab Station Bielawa oder Bronów. — Bestellungen bitte zu richten an die 5190

**Posener Saatbaugesellschaft** T. z. Poznań, ulica Wjazdowa 3.

**1 Lanz'sche Strohpresse** (Bindfaden) steht zum Verkauf. 5639

**Dom. Nowawieś**, von Koźminiec, Kreis Kołobrzeg.

**1 Posten leere Zementsässer** 5637 gibt ab Paul Schulz, Gostyn.

**Zu kaufen gesucht:** Zu kaufen gesucht: 100 Zentr. Tragfähigkeit, gebraucht, aber noch gut erhalten. Angebote unter Angabe des Preises erbeten. 5596

**1 Rollwagen** Dom. Uhlenhöf (Gorzewo), b. Rydzyna.

**Eine 5-Zimmer-Wohnung** mit Möbel sofort zu verkaufen. Offeren unter 5665 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

## Briefkasten der Schriftleitung.

**Nachkunft** werden unseren Lefern gegen Einwendung der Bezugserlaubnung unentgegnet, aber ohne Gewalt erzielt. Briefkarte kostet erfolgreich nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Kreismarke beisteht.

**Z. 100.** 1. Sie persönlich sind für die Zahlung der Kinder Gelder haftbar, und zwar in deutscher Waluta. 2. Der Vater erbt.

3. Nein, zur Ausführung solchen Geldes müssen Sie die Genehmigung bei der Polnischen Kassa Pochecowa in Posen nachsuchen.

4. Auch dazu müssen Sie die Genehmigung nachsuchen.

**R. St. in A.** In diesem Falle ist nicht der Starost zuständig,

fondern der Truppenteil bzw. das Generalkommando in Posen.

**Z. 101.** 1. Gesetzlich liegt wohl eine derartige Verpflichtung nicht vor, moralisch aber auf jeden Fall. 2. Siehe unter 1. 3. Am 20. August 1919 gab es noch keine Kurssnotierung der polnischen Mark; am 20. Februar 1920 standen polnische Noten 62.

**St. in M.** 1. Das kommt ganz auf den Ausgang der Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen an. 2. Ja.

**R. St. in R.** Ihre drei Fragen sind zu verneinen.

**Z. G. 333.** Sie sind zum Kleben der Alters- und Invaliditätsmarken für Ihren Lehrling vom vollendeten 16. Lebensjahr an verpflichtet.

**R. L.** Derartige Verträge, die zu einer Zeit, als die Geld-

entwertung noch nicht eingetreten war, abgeschlossen sind, verstoßen

wider Treu und Glauben. Sie werden sich mit einer Erhöhung der Post einverstanden erklären müssen; in welcher Höhe können wir Ihnen jedoch nicht sagen.

**W. 22.** Für einen Polen 200 M., für einen Deutschen 600 M. G. R. in M. Uns ist diese Stelle in Deutschland nicht bekannt; vielleicht wenden Sie sich einmal an die Abwicklungsstelle des ehem. V. preußischen Armeekorps in Glogau. Wollen Sie nicht doch lieber auf die paar Pfennige verzichten?

**R. G. S. 200.** Uns nicht bekannt; bieten Sie es einer Apotheke zum Kauf an.

**W. Ch.** Wenden Sie sich mit Ihrer Frage an die Izba Rolnicza Wielkopolska (Großpolnische Landwirtschaftskammer) in Posen, ul. Mickiewicza 33 (fr. Hohenzollernstrasse).

**E. Sch. in L.** 1. Da Sie dort nicht haben, werden Sie nach unserem Dafürhalten die Auflösung kaum erhalten. 2. Die Frist läuft bis zum 10. 1. 1923.

**G. B.** Derartige Adressen können wir Ihnen aus grundsätzlichen Erwägungen im Briefkasten nicht angeben. Sprechen Sie bei uns persönlich vor.

**Hauptverantwortlicher Dr. Wilhelm Soewental.**  
Beratungswürdig: nur solche Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Soewental; für Politik und Kronenzzeitung: Rudolf Herbrechtsmeier; für den Anzeigenteil: M. Grunbaum. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Schmidt in Bonn.

**Zahlung** die bekannten höchsten Preise für sämtliche gezeugte Garderobe, Wäsche, Schuhe, Gardinen, Bücher usw.

**W. Schmidt,**  
ulica Zamkowa 4,  
am Stary Rynek.

**G**ute Gitarre oder Laute zu kaufen gelingt. Angebote unter 5648 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

**Komplettierter Dampfsflugapparat Fowler**

16 vierzig (Compoundsystem) habe ich sehr preiswert abzugeben. Der Apparat ist gründlich durchrepariert, vom Kesselerin abgenommen, betriebsfähig und kann sofort geliefert werden. Besichtigung jederzeit auf meinem Lager.

**Paul Seeler,** 5671  
Masch.-Fabr., Poznań,  
ul. Przemysłowa 28.

**sämtliche** (5640)  
**Gartensämereien** in reeller frischer Ware.

**Entfernmöhrensaat,** gelbe Saalselder, offiziell Bruno Hoffmann, Samenhandl., Gniezno

**Meyers Konversations-Lexikon**, 17 Bände, zu verkaufen. Angebote unter 5647 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Geschäftswagen** neu, 4-rädig, zu verkaufen. Tel. 5648, ul. Vojska 58.

**la Kartoffelstocken** biete ich zum Verkauf an, gebe auch in kleineren Posten ab. G. Schmidt, Swarzedz.

**Kinderwagen** zu verkaufen. 5668 ul. Polna 20 I links.

**Stellenangebote.**

Zum 1. April d. J. wird älterer, unverheirateter (5542)

**Hofverwalter** für das Dom. Malinie gesucht. Poln. Spr. Verbindung Gehaltsantr. u. Zeugnisabschriften. nur an den General-Bevollmächtigten einzureichen.

von Jouanne, Lenartowice, pow. Plejzow.

Ein jahrmäßiger Zeilenmeister,

der polnischen und deutschen Sprache mächtig, wird ab sofort gesucht. Persönl. oder schriftl. Anm. mit Zeugnissen an: "Reklama Pomorska" Grudziądz, Rynet 10.

**Jg. Mädchen,** erfahren in häuslichen Arbeiten, insbesondere in Plätzen und Nähen, wird zum baldigen Antritt gesucht. Bewerbung, erbeten an Frau Dr. Sprockhoff in Luban, pow. Poznań.

**Stellengesuche.**

**Vereidigter** zu kaufen gesucht: 100 Zentr. Tragfähigkeit, gebraucht, aber noch gut erhalten. Angebote unter Angabe des Preises erbeten. 5596

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Stellengesuche.**

**Vereidigter** zu kaufen gesucht: 100 Zentr. Tragfähigkeit, gebraucht, aber noch gut erhalten. Angebote unter Angabe des Preises erbeten. 5596

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.

Gef. Off. unter 5653 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Förster,** verh. 24 Jr. alt, ev., sucht zu sofort oder später Stellung.